



AKTUELLE PRESSEMITTEILUNG

Koalitionsverhandlungen: Wahlversprechen halten - konkrete Schritte zu einer nachhaltigen Entwicklung einschlagen!

In einer Presseerklärung nimmt der Mouvement Ecologique Stellung zu den aktuellen Koalitionsverhandlungen von CSV und LSAP.

Es gälte, so die Umweltgewerkschaft, bei der Regierungsorganisation neue Wege zu gehen. So wie es auch bereits der Wirtschafts- und Sozialrat angemerkt habe, sei die bisherige Regierungsstruktur den heutigen Anforderungen nicht mehr angepasst.

Auch aus der Sicht einer nachhaltigen Entwicklung würde sich eine gewisse Ressort-Bündelung aufdrängen: so u.a. die Schaffung eines Umwelt- und Energieministeriums, das in Personalunion mit dem Transportministerium geleitet werden sollte, um somit u.a. die Kompetenzen in der Zukunftsherausforderung schlechthin, dem Klimaschutz, zu bündeln. Alternativ, so der Mouvement Ecologique, wäre es eine Überlegung wert, ob nicht Umwelt und Wirtschaft in der Hand eines Ministers zusammengeschlagen werden sollten, damit auf diesem Feld endlich ein Dialog und eine stärkere Verknüpfung ermöglicht würde. Des Weiteren wäre es – angesichts der bedeutungsvollen Entscheidungen, die im Bereich der Landesplanung anfallen - geboten, die Landesplanung aus dem Innenministerium herauszulösen. Dies weil eine Vermischung der klassischen Aufgaben des Innenministeriums als Genehmigungsbehörde für Gemeinden der Akzeptanz einer Landesplanung abträglich sei. Notwendig sei vielmehr die Schaffung eines Ministeriums für Urbanismus-, Dorfentwicklung und Wohnungsbau sowie die Ansiedlung der Koordinierung der Landesplanung auf der Ebene des Staatsministeriums. Ebenso dränge sich die Schaffung eines Ministeriums für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit auf.

Darüberhinaus gälte es, so die Umweltgewerkschaft, endlich Nägel mit Köpfen zu machen, und längst überfällige Projekte im Koalitionsabkommen festzuschreiben und kurzfristig umsetzen. Hierzu gehöre vor allem der konsequente Ausbau des Schienennetzes, der Bau der modernen Stadtbahn, die Schaffung einer nutzerorientierten Mobilitätszentrale, die Umsetzung eines Altbausanierungsprogrammes, die Erstellung sektorieller Pläne (u.a. für geschützte Landschaften, Transport und Aktivitätszonen), die Aufwertung der Regionen durch die Schaffung eines Regionalfonds u.a. Ebenso müssten die zukünftigen Regierungsparteien, wie in einer Aussage an den Mouvement Ecologique versprochen, das Gesetzesprojekt betreffend die Organisation des öffentlichen Transportes reformieren.

Doch darüber hinaus müsste die Bereitschaft bestehen auch neue Zukunftsherausforderungen anzugehen, wozu gemäss Mouvement Ecologique vor allem die nachhaltige Steuerreform zählen

würde. Es wäre zwingend, endlich den Ressourcenverbrauch zu verteuern und den Faktor Arbeit zu entlasten. Doch auch dem effizienten Klimaschutz müsse sich Luxemburg endlich konkreter stellen (CO2-Aktionsplan).

Nicht zuletzt aber müsse die Regierung gewährleisten, so der Mouvement Ecologique, dass die im Wahlkampf angesprochene Zukunftsdebatte auch tatsächlich stattfände und jeder Interessierte auf diese oder jene Art daran teilnehmen könne. Eine Debatte könne sich nicht, wie es zur Zeit in Sachen IVL erfolgt, auf alleinige Informationsveranstaltungen begrenzen.

Neue Kommunikationsstrategien seien vielmehr angebracht, um eine strukturierte und kontradiktorische Diskussion – mit Hilfe einer qualifizierten Moderation - über die engen Grenzen der klassischen Politszene hinaus führen zu können. Diese Debatte müsse denn auch in aller Konsequenz auch die ausländischen Mitbürger miteinbeziehen.

MOUVEMENT ECOLOGIQUE ASBL